

Gesetz
zum Schutze der Staatsbürger- und Menschenrechte
der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik

vom 13. Oktober 1966

(GBl. I S. 81)

Die Deutsche Demokratische Republik ist infolge der schwerwiegenden Verletzungen der Rechte ihrer Bürger und wegen deren völkerrechtswidriger Verfolgung in der westdeutschen Bundesrepublik und im besonderen Territorium Westberlin gezwungen, Maßnahmen zum Schutze der Rechte der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu treffen. Diese Maßnahmen sind Ausdruck des Eintretens der Deutschen Demokratischen Republik für Menschlichkeit, für die Wahrung des Völkerrechts und die Gewährleistung der Rechtssicherheit. Dieses Gesetz beruht auf den Grundsätzen des Völkerrechts, wie sie insbesondere im Potsdamer Abkommen, der Charta der Vereinten Nationen und im Londoner Statut für den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg enthalten sind. Die Volkskammer beschließt aus diesen Gründen das folgende Gesetz:

1. ABSCHNITT

Strafrechtliche Bestimmungen

§ 1

(1) Wer im Widerspruch zum Völkerrecht maßgeblich oder mit besonderer Aktivität daran mitwirkt, unter Zugrundelegung der Alleinvertretungsanmaßung der Bundesrepublik und der Ausdehnung der westdeutschen Gerichtshoheit Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wegen der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte zu verfolgen, zu ihrer Verfolgung aufzufordern oder die Verfolgung anzuordnen oder zu veranlassen, wird mit *Gefängnis* bis zu fünf Jahren bestraft, soweit nicht nach anderen Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

(2) Personen, die die Hauptverantwortung für die im Absatz 1 gekennzeichneten völkerrechtswidrigen Handlungen tragen oder die derartige Handlungen begehen, die besonders verwerflich oder in ihren Auswirkungen besonders schwer sind, werden mit *Zuchthaus* bis zu zehn Jahren bestraft.